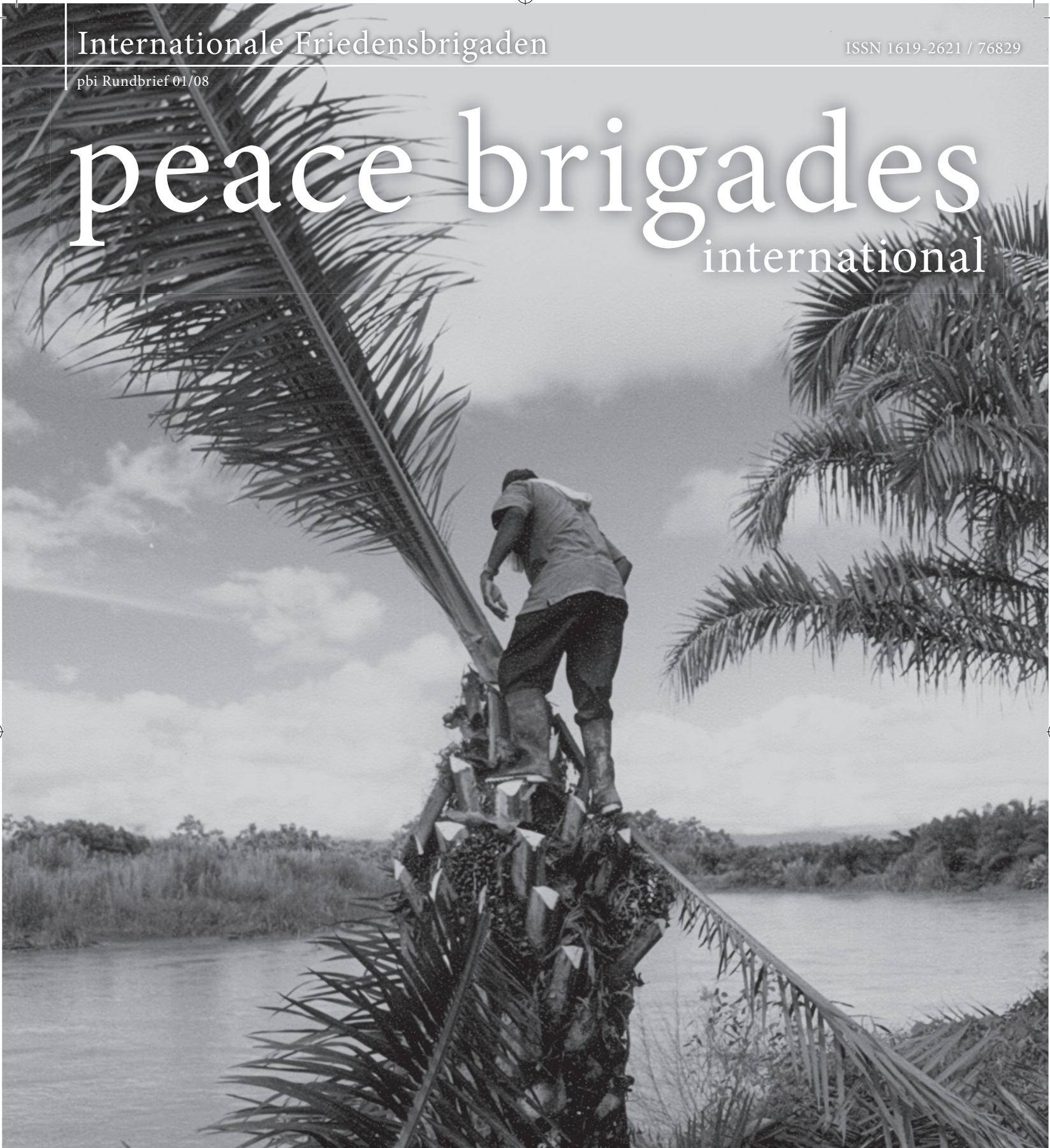


peace brigades international



Titelthema:

Der Fluch der Ölpalme

Landraub und Verarmung zugunsten der Klimabilanz

Schwerpunkt auf neun Seiten:

Mutige Frauen im Kampf für Gerechtigkeit



Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Ausgabe des Rundbriefs in 2008 widmet sich einem hochaktuellen Thema: Im Februar veröffentlichte das Magazin *Science* mehrere kritische Studien zu den Folgen des Anbaus von Biosprit. Fazit der Wissenschaftler: Die Methoden, mit denen biologische Kraftstoffe gewonnen werden, lösen enorme ökologische Schäden aus. Biosprit erweist sich als Klimakiller. Der Bundestag diskutiert derzeit über Wege aus einer jahrelang verfehlten Förderpolitik. Wir berichten über die Auswirkungen, die diese Politik auf die Bevölkerung und Umwelt in Kolumbien und Indonesien hat, zwei der weltweit größten Anbaugelände von Palmöl.

Nicht weniger brisant ist das Schwerpunktthema dieses Heftes: Mutige Frauen. Frauen sind aufgrund

ihrer sozialen Rolle und Kompetenz wichtige zivilgesellschaftliche Akteurinnen bei der Bearbeitung von Konflikten. Wir geben einen Einblick in ihre Arbeit und stellen engagierte Frauen und Frauenorganisationen aus fünf Ländern vor. Zudem behandeln wir die spezifischen Bedrohungen, denen Frauen in gewalttätigen Konflikten ausgesetzt sind.

Ein Rückblick auf den Ausgang der Wahlen vom November vergangenen Jahres in Guatemala vervollständigt das diesmal von 16 auf 20 Seiten angewachsene Heft.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und spannende Lektüre,
Ihre Redaktion

3-4	Titelthema	Menschenrechte im Schatten der Ölpalme	▶
5-7	Kurznachrichten	Aktuelles aus den Projekten	
8-16	Schwerpunkt	Mutige Frauen im Kampf für Gerechtigkeit	▶
17	Guatemala	Das kleinere von zwei Übeln	▶
18	Rezension	Journalistische Streifzüge durch Guatemala	
19	Personalia	Ein- und ausreisende Freiwillige	



peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas/Mexiko (SIPAZ) engagiert. In der Demokratischen Republik Kongo arbeitet pbi in Form von Advocacy, Trainings und Beratung im Bereich Schutz und Sicherheit.

Hamburger SchülerInnen erlaufen 30.000 Euro für die Friedensarbeit!



Auf dem Weg zum großen Geld?

Der 1. Hamburger Friedenslauf, öffentlichkeitswirksame Friedensdemonstration und Spendenlauf zugleich, fand ein breites Medienecho. Mehrere Fern-

seh- und Radiosender berichteten im Juli 2007 bundesweit (s. auch pbi Rb02/07).

Insgesamt beteiligten sich 1700 LäuferInnen aus 20 Schulen aus allen Stadtteilen Hamburgs, 150 ehrenamtliche HelferInnen und mehrere lokale Sponsoren an dem Großereignis. Dank dem Einsatz aller Beteiligten konnten 30.000 Euro zugunsten der Projekte der beiden Veranstalter – pbi in Zusammenarbeit mit dem *Forum Ziviler Friedensdienst* (forumZFD) – gesammelt werden.

pbi unterstützt mit dem Geld das Menschenrechtsbildungsprojekt *pbi macht Schule* und die Eröffnung eines

zweiten Freiwilligen-Teams in Oaxaca (Mexiko). Dort kam es aufgrund der anhaltenden Konflikte zu verstärkten Anfragen lokaler Menschenrechtsorganisationen nach schützender Begleitung. Das forumZFD verwendet die Spenden für Projekte mit palästinensischen und israelischen Friedensinitiativen und Jugendverbänden, die sich für den Dialog zwischen den Konfliktparteien einsetzen. -- pbi

Paola Rosini

Titelbild:

Ölpalmernte in Kolumbien.
Foto: pbi-Kolumbien



Sägen für ein besseres Klima?

Der Fluch der Ölpalme

Der energiepolitische Hit der letzten Jahre sind Biotreibstoffe. Weltweit werden Milliardenbeträge in den Anbau und in neue Verarbeitungsanlagen für biologische Rohstoffe wie Palmöl, Mais oder Raps investiert. Vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe und Energieknappheit ist das öffentliche Interesse an schadstoffarmen Treibstoffen in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

Seit den 90er Jahren forcieren EU und Bundesregierung die großindustrielle Produktion der biogenen Kraftstoffe, auch aus tropischen Waldregionen. Doch die vermeintlich neutrale Klimabilanz dieser Energiegewinnung hat sich mittlerweile als Milchmädchenrechnung mit globalen ökologischen Langzeitfolgen erwiesen. In den nächsten Wochen berät der Bundestag mehrfach über die Folgen des Agrarsprit-Booms.

Die Verflechtungen zwischen Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen sind frappierend. Der skrupellose Kampf von Agro- und Energiekonzernen um Marktanteile hat verheerende Folgen für die Regenwälder. Der explosionsartige Kahlschlag führt zu schwerwiegenden Umweltschäden, Ausrottung bedrohter Tierarten sowie Landraub und Verarmung der Bevölkerung. ANJA JUSTEN und JOHANNA FRICKE berichten aus Indonesien und Kolumbien, zwei der weltweit größten Anbauregionen von Palmöl.

Was kostet Biosprit?

Menschenrechte im Schatten der Ölpalme

Die Ölpalme ist unter den Palmen die für Weltwirtschaft bedeutendste Pflanze. Das Öl der Palmfrüchte ist nicht nur ein wichtiger Rohstoff bei der Herstellung von Margarine, Süßigkeiten, Fertiggerichten, Waschmitteln, Seife oder Kosmetika – daraus lassen sich auch Treibstoffe gewinnen, die derzeit auf dem Weltmarkt hohe Preise erzielen. Die große Nachfrage verschärft den Konflikt um Anbauflächen und hat im kolumbianischen Bundesstaat Chocó in jüngster Vergangenheit zu Unterdrückung und Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften geführt. Agrarunternehmen haben das Land besetzt und widerrechtlich die afrikanische Ölpalme angebaut. Jetzt sind die Vertriebenen zurückgekehrt und fordern trotz Repression und Drohung von Seiten der Regierung und des Paramilitärs ihr Land zurück. pbi unterstützt in Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Kommission Gerechtigkeit und Frieden (Justicia y Paz) die Friedensgemeinden in den Flusstälern des Curvaradó und Jiguamiandó.

Im September 2007 hat ein kolumbianisches Gericht weite Teile der geraubten Ländereien am Fluss Curvaradó den rechtmäßigen BesitzerInnen wieder zuerkannt. Der vorläufige Sieg dieser Gemeinde ist jedoch überschattet von einem Mordanschlag der Paramilitärs auf zwei Gemeindeglieder im selben Monat, so berichtet es *Justicia y Paz*. Besorgnis erregen außerdem wiederholte Morddrohungen gegen zurückgekehrte Bauern wie z.B. Enrique Petro (s. auch pbi-RB 01/06) und gegen MitarbeiterInnen von *Justicia y Paz*. Dabei sind diese Anschläge nur ein Beispiel für die vielen Repressionen und Vertreibungsversuche, denen die Landbevölkerung des Chocó seit Jahren ausgesetzt ist. 1997 vertrieb die Militäroffensive *Génesis* Tausende Menschen von ihrem Land. Of-

fiziell sprach die Regierung damals von einem Schlag gegen die Guerilla-Organisation *FARC*, inoffiziell diente die Vertreibung agroindustriellen Interessen, so die Meinung der Menschenrechtsorganisation *kolko* e.V.

Jetzt bewirtschaften die RückkehrerInnen ihr Land inmitten riesiger Palmöl-Plantagen, an deren Grenzen Militärposten patrouillieren. Und weil neben den Agromultis auch die Europäische Union für Investitionen in Bioenergie wirbt, steht die Ausweitung der Anbaufläche auch auf der Agenda der Regierung Álvaro Uribe Vélez. Bis zum Jahr 2020 soll die bisher bewirtschaftete Fläche laut *kolko* von derzeit knapp 400.000 ha mehr als verzehnfacht werden.

Eine Chance für die Friedensgemeinden

Doch die RückkehrerInnen haben sich organisiert: Fünf Gebiete wurden von ihren BewohnerInnen zu politisch neutralen Friedenszonen und Friedensgemeinden erklärt. Dort bauen sie traditionelle Früchte wie Reis, Mais, Yucca und Bananen an. „Die Friedensgemeinden erleben eine dynamische Entwicklung“, so Slomo Büth (pbi-Kolumbienfreiwilliger) „und es gibt Fortschritte.“ Allerdings bedeuten auch kollektive Eigentumstitel noch nicht, dass die Gemeinden das Land wieder in Besitz nehmen können: „Solange es keine Räumung gibt, sind die Plantagenbesitzer noch da. Außerdem ist es eine irrsinnige Arbeit, die Palmen auszureißen.“

Der Druck auf die Gemeinden nimmt immer mehr zu, so dass Strategien entwickelt werden mussten, wie damit umzugehen sei. Das wichtigste Prinzip für die Dorfgemeinschaften ist dabei, durch qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit ihrerseits Druck auszuüben: „Weil Kolumbien formal ein Rechtsstaat ist, ist es auch für das Recht verantwortlich,“ erklärt Henry Ramirez Soler von *Justicia y Paz*. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Anklage auf Menschenrechtsverletzung, bei der wir bis vor internationale Instanzen ziehen, sich als Schutzmechanismus für die Gemeinden erweist.“ -- **pi**

Johanna Fricke

Palmölboom zerstört Regenwald

Eine Bedrohung für Mensch und Umwelt in Indonesien



Endlose Palmölplantagen: Monokulturen ohne Perspektive!

Mehr als 80 Prozent der Weltproduktion an Palmöl kommen aus Malaysia und Indonesien. Der Durst nach dem nachwachsenden Rohstoff lässt im Land der Weltklimakonferenz vom Dezember 2007 (Bali) die Tropenwälder verschwinden. Der World Wide Fund for Nature (WWF) spricht davon, dass stündlich eine Fläche so groß wie 300 Fußballfelder zerstört würde. Die indonesische Regierung plant in den nächsten Jahren die zusätzliche Erschließung von 20 Millionen ha in den Regenwäldern von Sumatra, Kalimantan und Papua.

Illegale Holzeinschläge und gewaltsame Vertreibung

Was aber hat das mit der Arbeit von pbi in Indonesien und der Sicherheit von Akteuren der indonesischen Zivilgesellschaft zu tun? Augenzeugen, die MenschenrechtsverteidigerInnen begleiten, berichten, wie groß das Ausmaß der Verstöße gegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist, wenn Palmölplantagen geplant und betrieben werden. Schwere Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. In Landrechtsfragen sind Dorfgemeinschaften und die einheimische Bevölkerung den Interessen der meist ausländischen Investoren, des Militärs und der Korruption auf Provinz- und Distriktebe-

ne schutzlos ausgeliefert. Die illegalen Holzeinschläge und die gewaltsamen Vertreibungen führen zur Zerstörung der Lebensgrundlagen, zur Verarmung und zum Zerbrechen der sozialen Strukturen.

pbi unterstützt die zivilgesellschaftlichen Akteure

Die indonesische Umweltorganisation WALHI (Friends of the Earth Indonesia) setzt sich für die Einhaltung von Umweltstandards ein. MitarbeiterInnen und Angehörige des landesweiten Netzes werden eingeschüchert, was zu vermehrten Anfragen nach Schutzbegleitung durch pbi führt, beispielsweise bei Recherchen, Protesten und Veranstaltungen in Kalimantan. Auch in Papua erschweren Morddrohungen die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure. Selbst die Dokumentation von Verstößen gegen Gesetze zum Waldschutz oder von Konflikten zwischen der einheimischen Bevölkerung und Unternehmen sowie deren Sicherheitsdiensten gefährdet die MitarbeiterInnen der Büros von SKP (Büro für Gerechtigkeit und Frieden, Diözese Jayapura).

Derzeit werden in den Regenwaldgebieten von Westpapua fünf Millionen ha Land erschlossen. Die Regierung redet dabei von nationaler Entwicklung,

der die Erschließung solcher Flächen unterzuordnen sei. Der langwierige Rechtsweg bleibt den Betroffenen zu meist verschlossen, selbst dann, wenn es sich um schadenbegrenzende Ausgleichsforderungen handelt. Ausländischen Journalisten und den meisten internationalen Organisationen ist der Zugang nach Westpapua verwehrt. Die Gefährdung der MenschenrechtsverteidigerInnen, die zum Thema Palmöl arbeiten, nimmt offensichtlich stetig zu. Ihre schützende Begleitung wird daher eine immer größere Rolle in der Arbeit von pbi in Indonesien einnehmen. -- pbi
Anja Justen

Agro-Treibstoffe und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien in der Diskussion

Auf Einladung von *kolko* e.V. und *Pax Christi* tauschten sich im Dezember 2007 auf einer Fachtagung in Bonn etwa 40 ExpertInnen über die Zusammenhänge zwischen Palmölproduktion und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien aus.

VertreterInnen von Hilfswerken, Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie aus den betroffenen Gemeinden diskutierten über Möglichkeiten und Grenzen der Menschenrechtsarbeit in den Plantagengebieten. Zentrale Themen waren die Gefährdung der Ernährungssicherheit, die Verquickung von Unternehmern, Paramilitärs und Staatsvertretern sowie die Auswirkungen auf die Klimaentwicklung. Ein Ergebnis der Tagung war die gemeinsame Planung von Strategien, um stärkeren Einfluss auf die Politik der Bundesregierung und des EU-Parlaments zu nehmen.

Weitere Informationen zum Seminar, an dem auch pbi teilnahm, unter www.kolko.de.

Die Erde in unseren Händen?



Weltwärts gehen mit dem neuen Entwicklungspolitischen Freiwilligendienst können ab sofort Freiwillige von pbi. Zur Auftaktveranstaltung am 17. Januar in Berlin verabschiedete Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul die ersten 50 Freiwilligen. Mit dabei die pbi-Freiwillige Johanna Wolf, sie reist ins Indonesien-Projekt aus. Ehrgeiziges Ziel: Die Bundesregierung möchte in den nächsten Jahren 10.000 neue Freiwilligenplätze im Ausland fördern. **Mehr Informationen unter www.pbi-deutschland.de**

Treffen der europäischen Ländergruppen in Spanien

Vom 28. bis zum 30. September 2007 trafen sich 15 VertreterInnen der europäischen Ländergruppen von pbi. Es kamen Engagierte aus Deutschland, Spanien, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz, um die Umsetzung des von der pbi-Vollversammlung verabschiedeten strategischen Plans zu besprechen.

Worauf legt jede Ländergruppe ihren Schwerpunkt? Welche Aktivitäten erweisen sich als erfolgreich? Vernetzung und Austausch sind ein wichtiger Aspekt der Arbeit von pbi.

In zehn europäischen Ländern arbeiten Hunderte von Ehrenamtlichen an der Unterstützung der Auslandsprojekte. Ohne ihre Arbeit könnte pbi die notwendige Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die Situation der begleiteten MenschenrechtsverteidigerInnen nicht schaffen.

Auf den Weg gemacht – Migration, Flucht und Selbstorganisation

Die Hamburger Lateinamerikatage beschäftigten sich im November mit den Ursachen von Flucht und Vertreibung, sowie den Erfahrungen mit Illegalisierung und Rassismus in Europa. pbi beteiligte sich mit einer Veranstaltung mit Transgender-Menschen in und aus Lateinamerika.

Die Trans-Frau Tina berichtete über ihre Erfahrungen als Migrantin aus Ecuador und die Schwierigkeiten, in Deutschland und Ecuador akzeptiert zu werden, auch unter Schwulen und Lesben. Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm *Pasarelas Libertadoras* (Venezuela 2006, OmU) von

Argelia Melet Bravo zeigten die Lebenssituation von Trans-Frauen in Venezuela. Enrique Góngora aus Peru berichtete über seine Arbeit für die *International Lesbian and Gay Association* (ILGA). Er stellte die Yogyakarta-Prinzipien vor, die sich mit der Anwendung von internationalen Menschenrechten in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität befassen. Er erläuterte die aktuelle Situation von Transsexuellen in Argentinien und Guatemala.

Menschen werden wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt, inhaftiert oder ermor-

det. Übergriffe bleiben ungestraft. In Guatemala werden besonders häufig Transgender-Menschen angegriffen. Seit März 2006 besucht pbi das Büro von OASIS (Organización de Apoyo a una Sexualidad frente al SIDA) und begleitet Zulma. Sie wurde am 17. Dezember 2005 von Männern in Polizeiuniform angeschossen und hat nur knapp überlebt. Ihre Kollegin starb an den Schussverletzungen. OASIS ist in der AIDS-Prävention tätig. Polizisten haben mehrfach OASIS-Mitglieder bedroht, um sie von ihrem Engagement für die Rechte von sexuellen Minderheiten abzuhalten.

DR Kongo nach den Wahlen – und ohne Kamera!

Am 24. Oktober 2007 lud das *Institut für Auslandsbeziehungen/zivik* in Berlin zu einer Veranstaltung zur Situation in der DR Kongo ein. Gäste waren u.a. Raphael Kasongo Kabusa-Mbukani und Leocadie Kady Kasakarume aus der Region Maniema. Sie berichteten über die instabile Sicherheitslage und die schwierigen aber auch hoffnungsvollen Bemühungen für einen Neubeginn.

Leocadie Kady wies darauf hin, dass keine einzige Frau den Sprung ins Regionalparlament geschafft habe. In den Zeiten des Krieges seien es die Frauen gewesen, die ein funktionierendes Leben aufrecht erhalten hätten. Noch immer seien viele Re-

gionen unzugänglich. Wegen der Milizen gehe niemand dort hin. Niemand wisse, was dort vor sich gehe. Die Gewaltübergriffe gegen Frauen und Kinder gingen weiter. Diese würden aus den Gemeinschaften verstoßen. Felder und Ernten seien zerstört, Wasserquellen vergiftet. Allein in ihrer Region seien 300.000 Menschen ohne grundlegende Versorgung. Deshalb habe der Wiederaufbau der Häuser Vorrang.

Zudem bemühe sich ihr Rat für regionale Entwicklung in Maniema um Orte der Versöhnung (Barza). Pascale Boosten (pbi) stellte den Dokumentarfilm *Die Waffen der Straflosigkeit* vor. Sie thematisierte am Beispiel von Pascal Kabungulu, dem ermor-



Eindrucksvoll: Leocadie Kady Kasakarume

deten Direktor von *Heritiers de la Justice* die Problematik der Straflosigkeit – eine Ursache dafür, dass das Morden in der DR Kongo weitergeht.

Kolumbien

Politische Situation

• Am 28. Oktober fanden die Regional- und Kommunalwahlen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von gerade einmal der Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung konnten sich überraschend viele KandidatInnen der sozialdemokratischen Partei *Polo Democrático Independiente* behaupten. Auf regionaler Ebene entschieden die dem Präsidenten Uribe nahestehenden Gouverneure die Wahlen für sich. Im Vorfeld der Wahlen wurden 29 KandidatInnen ermordet.

Begleitungen

• Mitte September wurden die Bauern Miguel Hoyos und Ualberto Hoyos aus der Gemeinde Belén de Bajira (Curvaradó-Gebiet in der Chocó-Region) von einer unbekannt Person in ihrem Haus angeschossen und schwer verletzt. Beide Männer sind Vertreter der vertriebenen Familien, die nach Be-



Gelungene Zusammenarbeit: Stärkung der Zivilgesellschaft durch internationale Präsenz vor Ort

lén de Bajira zurückkehren. Im Februar steht die Rückkehr in den Weiler Mulatos bei San José de Apartadó an. Die Gemeinde bittet um Begleitung und internationale Öffentlichkeit. Nach Veröffentlichungen der *Coordinación Colombia Europa Estados Unidos* und der *Corporación Jurídica Libertad* zur

Problematik von „außergerichtlichen Hinrichtungen“ in verschiedenen Regionen des Landes fand hierzu im Oktober eine internationale Beobachtungsmission statt.

Team-Situation

• Das Kolumbien-Projekt konnte seinen Schutz für MenschenrechtsverteidigerInnen in 2007 ausdehnen. Dies auch dank des Programmes *Ziviler Friedensdienst*, welches sieben zusätzliche Friedensfachkräfte bewilligt hat, die nun die vier pbi-Teams verstärken.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• Ende September besuchte eine Gruppe deutscher ParlamentarierInnen Kolumbien und informierte sich bei der Koordination des Kolumbien-Projektes über die Menschenrechtssituation.

Guatemala

Politische Situation

• Großes Aufsehen erregte die Ermordung von drei Jugendlichen im November 2007, für die Mitarbeiter der Zivilpolizei PNC verantwortlich gemacht werden. Gleichzeitig steigt die Anzahl von bewaffneten Gruppen, die die Justiz in den Dörfern in die eigene Hand nehmen und häufig deckungsgleich mit den früheren Zivilpatrouillen und Militärkommissaren sind.

• Im Februar beginnt in Madrid die Anhörung von Zeugen in einem Verfahren, bei dem sieben ehemalige Militärs und Regierungsmitglieder Guatemalas, unter anderem der General und Parlamentsabgeordnete Rios Montt wegen Verbrechens gegen

die Menschlichkeit, Völkermord, Mord und Folter angeklagt sind. In Guatemala selbst hat das Verfassungsgericht mit Beschluss vom 12. Dezember eine Auslieferung der Beschuldigten abgelehnt. Der spanische Richter Pedraz wertet dies als Verstoß gegen internationale Abkommen und das zwischen Spanien und Guatemala bestehende Auslieferungsabkommen.

Begleitungen

• In 2008 plant das Guatemala-Team unter anderem einen erneuten Besuch der Region Petén, um die dortigen Landkonflikte zu beobachten und Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• Im Dezember und Januar traf die pbi-Guatemala-AG verschiedene Abgeordnete und die Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe in Berlin. Zentrale Themen waren das oben bereits erwähnte, in Spanien anstehende Gerichtsverfahren wegen Völkermordes, die Problematik der Frauenmorde in Guatemala sowie die Forderung nach Aufnahme aller von den mittelamerikanischen Ländern unterschriebenen Menschenrechtskonventionen in das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika.

Mexiko

Politische Situation

• Die mexikanische Regierung verstärkt den Kurs der inneren Sicherheit. Unter Beteiligung der mexikanischen Armee, Spezialeinheiten der Aufstandsbekämpfung und des Geheimdienstes werden das organisierte Verbrechen und bewaffnete Gruppen bekämpft. Nichtregierungsorganisationen kritisieren diese Politik als Wiederbelebung des „Schmutzigen Krieges“ der 70er Jahre, in dem Hunderte von AktivistInnen sozialer Bewegungen entführt und ermordet wurden. Gleichzeitig fordert die *Nationale Kommission für Menschenrechte* die Aufklärung der gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der

Streitkräfte, die Bestrafung der Verantwortlichen sowie den Rückzug der Armee aus Einsätzen, die sich nicht auf die Landesverteidigung beziehen.

Begleitungen

• pbi begleitet indigene Gemeinden des Staates Guerrero, unter anderem die Sprecherin der Organisation OPIM, Otilia Eugenio Manuel. Sie war im Oktober gemeinsam mit Inés Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantú in Washington bei einer Anhörung durch die *Interamerikanische Kommission für Menschenrechte*. Die beiden Frauen machten zu ihrer Vergewaltigung durch mexikanische Militärs Aussa-

gen. Im Oktober begleitete pbi die MitarbeiterInnen der unabhängigen Radiostation Calenda während der Gemeindewahlen in Oaxaca.

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• Am 1. Oktober fand in der deutschen Botschaft in Mexiko ein Treffen deutscher Bundestagsabgeordneter mit mexikanischen NROs zur aktuellen Situation der Menschenrechte statt. pbi äußerte seine Besorgnis über die Menschenrechtssituation in den indigenen Gemeinden aufgrund der militärischen Präsenz und der zahlreichen Gewaltübergriffe in Guerrero.

Nepal

Politische Situation

• Ein Jahr nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die politische Situation nach wie vor fragil, die Umsetzung der Vertragsinhalte steht in weiten Teilen aus. Die Hoffnung vieler Menschen auf einen Demokratisierungsprozess schwindet. Die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung ist erneut verschoben worden, nunmehr auf April 2008. Es bestehen in der Bevölkerung Zweifel, ob die Wahlen überhaupt stattfinden werden.

• Die Sicherheitssituation ist vor allem in der Region Terai im Süden weiterhin unberechenbar. Die wachsende Madhesi-Bewegung, die aus einer Vielzahl widerstreitender politischer Parteien und bewaffneter Splittergruppen besteht, erhebt Forderungen, die von einer Verbesserung der politischen Repräsentation bis zur Unabhängigkeit reichen.

Diese Gruppen sowie die *Maoist Young Communist League* (YCL), die im ganzen Land aktiv ist, sind nach wie vor für Entführungen, Erpressungen, Ermordungen und andere Gewalttaten verantwortlich.

Begleitungen

• Als Teil seines Arbeitsplans mit *Advocacy Forum* (AF) hat das Team die regionalen Büros von AF in den Distrikten Danusha und Udayapur im Osten Terais besucht und Schutzbegleitungen für AF-MitarbeiterInnen durchgeführt. Das Team nutzte die Gelegenheit, um die Behörden, Menschenrechts- und Opfergruppen zu treffen. Im November begleitete das Team aufgrund von Todesdrohungen zwei Wochen lang einen Journalisten, bevor dieser ins Exil gehen musste.



pbi begleitet einen Anwalt

Advocacy / Öffentlichkeitsarbeit

• pbi beteiligt sich weiterhin an der Implementierung der EU-Richtlinien für MenschenrechtsverteidigerInnen in Nepal. Ein erstes Treffen der EU-Arbeitsgruppe fand am 17. Dezember statt.

Indonesien



Friedensdemonstration in Papua: International Day of Peace am 21.09.2007

Politische Situation

• Der frühere Diktator Hadji Mohammed Suharto verstarb am 27. Januar. Nach seinem Sturz 1998 blieb er mit Verweis auf seine angeschlagene Gesundheit straffrei und wurde für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen unter seinem 32jährigen Regime nicht mehr belangt.

• Bei der UN-Weltklimakonferenz vom 3.-14. Dezember in Bali wurde die Debatte um Emissionen und Entwaldung geführt. Dieses ungelöste Problem und der Ausbau der Plantagenindustrie in Kalimantan und Papua stellen ein großes Konfliktpotential dar.

• Hina Jilani, UN-Sonderbeauftragte für MenschenrechtsverteidigerInnen, besuchte im Juni 2007 Papua. Sie erklärte, dass MenschenrechtsverteidigerInnen nach wie vor „Folterungen, willkürlichen Festnahmen und Drangsalierungen seitens der Polizei, des Militärs und anderer Sicherheitskräfte ausgesetzt“ seien. Eine gewisse Entspannung sei in Aceh zu verzeichnen, die Lage in der Provinz Südsulawesi sei bedenklich. Fehlendes Monitoring und der Mangel an Kontrolle erschweren die Menschenrechtsarbeit.

Begleitungen

• Die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission in Aceh sowie die Wahrung der Rechte von Konfliktopfern waren Themen von Demonstrationen, die am 10. Dezember in Banda Aceh und im Osten stattfanden. Organisatoren waren *KontraS Aceh* und *SKP Aceh Timur*. Das

Aceh-Team beobachtete deren Sicherheits-situation.

• In Wamena (Papua) hat die von pbi begleitete Menschenrechtsorganisation *YAPH&HAM* Veranstaltungen organisiert, die ohne ein Eingreifen der Sicherheitskräfte stattfinden konnten. Höhepunkt war eine Parade mit über 700 Teilnehmenden.

Team-Situation

• Tiffany Easthom ist neue Koordinatorin im Büro Yogyakarta. Vorgängerin Celia Guilford bleibt dem Projekt als Fundraiserin erhalten. Sie war im Januar zu Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt, dem BMZ und den Kirchen in Deutschland. Lars Stenger ist mit einem Dokumentarfilm über die Arbeit in Aceh befasst.

Europabüro von pbi wird zu Protection International

Seit 2003 hatte das Europabüro von pbi in Brüssel ein Programm mit Trainings und Beratung in Schutz und Sicherheitsvorkehrungen für MenschenrechtsverteidigerInnen und intern Vertriebene aufgebaut. In dieser Zeit wurden in 15 Ländern, u.a. in Inguschetien, Sri Lanka, Nepal, Brasilien, Peru und DR Kongo Trainings durchgeführt und neue Methoden des Schutzes, wie z.B. ein Trainingshandbuch und eine Website entwickelt.

Nach längeren Beratungen hat pbi beschlossen, dass diese Trainings- und Berater-

tungsarbeit künftig in einer eigenständigen Organisation fortgeführt wird. So ist am 25. Oktober die neue NGO *Protection International* (PI) nach belgischem Recht eingetragen worden. Beide Organisationen – pbi und PI – werden in Zukunft eng kooperieren. Die Langzeitpräsenz und Schutzbegleitung der pbi-Teams sowie die Trainings- und Beratungsarbeit für bedrohte Organisationen ergänzen sich gut.

Mehr Information über Protection International unter www.protectionline.org.

Mutige Frauen im Kampf für Gerechtigkeit

Mutige Frauen im Kampf für Gerechtigkeit ist das Schwerpunktthema dieses Rundbriefes. Nachdem innerhalb der letzten Monate zahlreiche Informationen und Berichte zu diesem Thema in der Redaktion eingegangen sind, haben wir uns für eine Ausweitung dieser Ausgabe von 16 auf 20 Seiten entschieden.

Bewaffnete Konflikte haben negative Folgen für beide Geschlechter. Es sind aber insbesondere die Frauen, die Opfer der zusammenbrechenden sozialen Strukturen werden. Weltweit sind 80% der Flüchtlinge und intern Vertriebenen Frauen und Kinder. In den meisten Krisen- und Kriegsgebieten werden Vergewaltigung und sexuelle Gewalt als Kriegswaffe gegen Frauen und Mädchen eingesetzt. Die Anzahl dieser Misshandlungen ist ansteigend.

Frauen sind aber nicht nur Opfer bewaffneter Konflikte, sondern auch wichtige Akteurinnen im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen. Viele Frauen engagieren sich für den Frieden. In der Gemeinschaft, in der Familie, in Frauengruppen, in Nichtregierungsorganisationen und auf der Straße verrichten sie ihre unspektakuläre alltägliche „Friedensarbeit“. Nicht selten werden sie für diese Arbeit bedroht, eingeschüchtert oder umgebracht.

Auf den Seiten 8-16 möchten wir die Arbeit von einigen engagierten Frauen stellvertretend für viele andere vorstellen. Wir berichten über die Arbeit von Kopila Adhikari, die in Nepal ein Zentrum zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen leitet; Marisela Ortiz fordert ein Ende der Frauenmorde in Mexiko, Sandra Morán erhebt ihre Stimme in Guatemala, Suciwati Munir kämpft um Aufklärung des Mordes an ihrem Ehemann in Indonesien, Sara Méndez berichtet über die Rolle der Frauen während des Aufstands in Oaxaca und Nohelia Tuberquia schildert die Situation von Frauen in einer Friedensgemeinde in Kolumbien.

Als Anwältin für die aufkeimende Zivilgesellschaft in Nepal

Die Mission von Kopila Adhikari und Advocacy Forum zum Schutz der Menschenrechte

Das Mobiltelefon von Kopila Adhikari läutet unermüdlich. Täglich suchen Opfer des Bürgerkrieges ihren Rat. Die 28jährige Rechtsanwältin ist das Symbol einer neuen Generation von Menschenrechtsaktivistinnen in Nepal. Sie leitet das Dokumentationszentrum des *Advocacy Forum*, einer führenden Nichtregierungsorganisation des Landes. *Advocacy Forum* bietet unentgeltliche Rechtsberatung für Konflikt- und Folteropfer und kämpft für deren Rechte. Die Organisation überwacht die Bedingungen in Gefängnissen und setzt sich mittels nationaler und internationaler Netzwerkarbeit für Reformen des Justizsystems in Nepal ein. Derzeit bereitet *Advocacy Forum* zwölf Musterklagen im Falle schwerer Menschenrechtsvergehen vor, mit dem Ziel, die Straflosigkeit zu überwinden.

Tausende Fälle von Menschenrechtsverletzungen

„Es gibt Tausende Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den Bezirken. Weil wir Ermittlungen in diesen Fällen einfordern, wird unsere Organisation als Feind betrachtet und nicht als Partner“, erklärt Frau Adhikari. Da die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen oft wichtige Positionen in der Politik oder im Justizsystem innehaben, ist es für *Advocacy Forum* schwierig, diese Fälle überhaupt registrieren zu lassen. MitarbeiterInnen des *Advocacy Forum* erhielten Todesdrohungen, wurden entführt und auch misshandelt. Deshalb haben sie *peace brigades international* um Schutzbegleitung gebeten.



Trainings zu Schutz und Sicherheitsvorkehrungen von Opfergruppen gehören zur Arbeit von pbi in Kathmandu

Aufgrund dieser und anderen Anfragen nepalesischer Organisationen hat pbi im Januar 2006 ein internationales Team mit Freiwilligen nach Nepal entsandt. Derzeit sind 6 Freiwillige in Kathmandu und in den ländlichen Regionen aktiv, um im Falle von Bedrohungen eine gewaltfreie, schützende Begleitung für die zivilgesellschaftlichen Gruppen zu bieten.

Die Präsenz internationaler AugenzeugenInnen vermag Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und gibt nepalesischen Organisationen wie dem *Advocacy Forum* einen Wirkungsraum, damit sie ihre Arbeit zum Schutz der Menschenrechte und für einen gerechten Frieden fortsetzen



Die pbi-Freiwilligen Debra Stanislawski und Daniela Ponce begleiten Kopila Adhikari bei Recherchen von Menschenrechtsverletzungen, auf Polizeistationen und in Gefängnisse

können. Das pbi-Team verstärkt seine gewaltabschreckende Wirkung durch den Aufbau und die Pflege eines weitläufigen Kontaktnetzes, denn Gewaltakteure scheuen das Licht der Öffentlichkeit. So unterhält pbi Beziehungen zu Konfliktparteien, Regierungsstellen, Botschaften, ParlamentarierInnen, internationalen und nationalen Organisationen, sowohl in Nepal als auch in Deutschland. Die Kontakte sind Teil eines internationalen Alarmnetzes, welches pbi im Falle von akuten Bedrohungen aktivieren kann und das wesentlich zur Wirksamkeit der Gewaltprävention in Nepal beiträgt.

„Wir fühlen uns sicherer, wenn pbi uns begleitet“

Unlängst wurde Kopila Adhikari im Fall von Anschuldigungen gegen einen Militäroffizier tätig. Als sie darauf bestand, dass der Fall aufgenommen werden müsse, wurde der Polizeibeamte wütend und demütigte sie. Daraufhin intensivierte pbi auf Bitte von Frau Adhikari die Begleitung und ist nun dabei, wenn sie Polizeistationen aufsucht. „Wir fühlen uns sicherer, wenn pbi uns begleitet, um die Fälle registrieren zu lassen. Beim letzten Mal zeigte mir der Beamte die Unterlagen, die mir bisher vorenthalten wurden, er war sehr höflich und behandelte mich wie eine Familienangehörige.“

Seit dem Friedensabkommen zwischen den maoistischen Rebellen und den royalistischen Regierungstruppen vom November 2006 hat sich die Menschenrechtssituation in Nepal verbessert, dennoch bleibt die Lage angespannt. Das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte verweist auf das unverminderte Problem der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen. So sind insbesondere Organisationen wie Advocacy Forum, welche die Aufarbeitung der blutigen Vergangenheit einfordern, Drohungen und Anfeindungen

ausgesetzt. Im von 1994 bis 2006 anhaltenden Bürgerkrieg starben über 13.000 Menschen, 200.000 Menschen wurden vertrieben. Wie in allen Gewaltkonflikten kommen die Opfer insbesondere aus der Zivilbevölkerung. Organisieren sich diese Opfer heute und fordern Gerechtigkeit ein, so erfahren sie erneut Bedrohungen.

Neben der Begleitung gefährdeter Personen und Organisationen arbeitet auch ein internationaler Trainings-Koordinator für pbi in Nepal. Er bildet zusammen mit fünf nepalesischen TrainerInnen ein Team, das Workshops zum Thema Schutz und Sicherheitsvorkehrungen für Opfergruppen und für das Advocacy Forum anbietet. Die MenschenrechtsaktivistInnen lernen in diesen Workshops, wie sie im Falle von Bedrohungen eine Risikoanalyse durchführen oder sich gegen spezifische Formen der Gewalt besser schützen können. Außerdem lernen sie, Sicherheitspläne für ihre Organisationen zu entwickeln.

Gefahren für die sich entwickelnde Demokratie

Die Nachkriegsphase in Nepal ist voller Gefahren, eine politische Kultur muss erst aufgebaut werden. Immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen in der südöstlichen Provinz Terai. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sind bereits zum dritten Mal verschoben worden und sollen nun im April 2008 stattfinden. Die aufkeimende Zivilgesellschaft und die sich entwickelnde Demokratie sind nach wie vor sehr bedroht, und so ist Nepal auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und eine kritische Öffentlichkeit angewiesen. - - pbi

Andrew Miller / Adam Muminovic



Schluss mit den Frauenmorden! Potestkundgebung am internationalen Frauentag am 8. März 2007

Die Frauenmorde von Ciudad Juárez

Ein Gespräch mit Marisela Ortiz

Zwischen 1993 und August 2007 sind ca. 475 Frauen in Ciudad Juárez an der Nordgrenze Mexikos, die das Zentrum der Femizide bildet, ermordet worden. Ungefähr 130 von ihnen, im Alter zwischen 13 und 22 Jahren, wurden sexuell gefoltert. Im Oktober 2007 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zu den Frauenmorden in Mexiko und Guatemala. Darin wird das Vorgehen der mexikanischen Behörden kritisiert. Die Parlamentarier haben Vorschläge zur Bekämpfung der Straffreiheit, der Korruption und der Ineffizienz des Justizapparates erarbeitet.



KNUT HENKEL, freier Publizist, führte mit **MARISELA ORTIZ**, Mitbegründerin der Organisation *Nuestras Hijas de Regreso a Casa* (Unsere Töchter auf dem Weg nach Hause) ein Interview. Marisela Ortiz versucht seit Jahren die Hintergründe der Frauenmorde in Ciudad Juárez ans Licht zu bringen. Wir drucken das Interview mit freundlicher Genehmigung des Autors in Auszügen ab.

Knut Henkel: Frau Ortiz, was hat Sie nach Deutschland geführt?

Marisela Ortiz: Unser Ziel ist es, hier einige Organisationen zu besuchen und sie über unsere Situation und über unseren Kampf für Aufklärung zu informieren. Dazu gehört

auch, Politikerinnen und Politiker aufzusuchen und sie auf die Situation in Ciudad Juárez in Mexiko aufmerksam zu machen...

Sie wollen also Druck auf die Regionalregierung in Mexiko ausüben, damit die Morde aufgeklärt werden?

Ja, das ist unsere Strategie angesichts der langjährigen Untätigkeit von Polizei und Justiz. Wir kämpfen gegen die Straflosigkeit und für die Aufklärung. Das sind wir den Toten schuldig. Wir wollen, dass man unsere Stimme – die Stimme der Frauen – hört. Denn man versucht, sie immer wieder zu ignorieren. Und man wirft uns vor, den Leumund von Ciudad Juárez zu beschmutzen und der Stadt zu schaden.

Woher nehmen Sie die Energie für diesen Kampf? Sie sind bedroht worden, und in Mexiko haben die Bemühungen um Aufklärung kaum gefruchtet!

Es gibt unzählige Opfer, deren Leiden nicht gesühnt werden. Dazu gehören auch die Kinder der 475 ermordeten und verschwundenen Frauen der Region von Ciudad Juárez. Vielleicht sind es auch noch mehr. Um diese Kinder kümmern wir uns, wir helfen ihnen bei der Ausbildung und bei der psychologischen Verarbeitung der Ermordung ihrer Mütter, Tanten, Schwestern oder Cousins. Zur Zeit arbeiten wir mit etwa fünfzig Kindern.

Gibt es Hilfen von der Regierung für diese Arbeit?

Es gibt eine minimale Unterstützung der Regionalregierung, die aber bei weitem nicht ausreicht. Wir möchten den Kindern und Jugendlichen unter anderem mit Kunsttherapie helfen. Wir wollen ihnen eine Möglichkeit bieten, sich auszudrücken. Doch dafür haben wir schon seit fast einem Jahr

kein Geld mehr. Aber Geld ist nicht das einzige Problem. Grundsätzlich fehlt es am politischen Willen in Ciudad Juárez.

Und hat es jetzt noch weitere Morde gegeben?

Ja, es gibt immer noch Morde, aber deutlich weniger. Es sind aber Fälle dabei, wo Leichen von Frauen mit Folter- und Vergewaltigungsspuren entdeckt wurden. Doch die Behörden behaupten, dass es sich um natürliche Todesursachen handle.

Wie reagieren die offiziellen Stellen auf den Vorwurf der Manipulation?

Gar nicht. Denn es gibt einen Pakt zwischen regionaler Regierung, Unternehmern, Medien und Universität, um das öffentliche Bild der Stadt zu verbessern. Zehn Millionen mexikanische Peso wurden für Öffentlichkeitskampagnen bereitgestellt – das ist absurd! Denn für Ermittlungen und den Kampf gegen die Straflosigkeit gibt es überhaupt kein Geld. Dabei sind es die Morde und die Verschwundenen, die das Image von Ciudad Juárez prägen.

Was sind die Gründe für die Straflosigkeit aus Ihrer Sicht?

Wir vermuten chronische Komplizenschaft zwischen reichen einflussreichen Leuten und den Ermittlungsbehörden. Die Polizei ist Teil des Problems. Denn wir wissen, dass Leichname auch von Polizisten aus dem Wagen geworfen wurden. Die Polizei ist auch in das Drogengeschäft involviert und nie dafür belangt worden. Die Straflosigkeit hat einen Nährboden – die Korruption. Man hat in den Innenhöfen von Häusern von einflussreichen und skrupellosen Männern die Leichen von Frauen gefunden, die dort vergewaltigt und ermordet wurden.

Wie ist Ihre persönliche Situation derzeit?

Mehrfach wurde ich bedroht, seitdem ich mit dieser Arbeit im Jahre 2001 begonnen habe. Aber auch meine drei Kinder sind bedroht worden, so dass ich sie zwischenzeitlich in die USA in Sicherheit bringen musste. Die Staatspolizei ist gekommen, hat meine Wohnung durchsucht, ein Beamter hat mir eine Pistole an die Schläfe gehalten und ein anderer

hat ihn aufgefordert zu schießen. Das haben sie aber nicht gemacht. Sie haben mir die Waffe in den Mund geschoben. Sie haben mir gedroht, meine Tochter zu entführen, sie zu vergewaltigen und zu ermorden. „Du wirst selbst kennen lernen, was mit den Frauen von Ciudad Juárez passiert ist“, haben sie mir gesagt.

Ist die internationale Öffentlichkeit dann die einzige Option, die Ihnen bleibt!?

Ja, die Femizide in der Öffentlichkeit zu thematisieren, ist oft einfacher außerhalb Mexikos. Wir arbeiten mit nur wenigen unabhängigen lokalen Medien zusammen, die sich für unsere Arbeit und Sicht der Dinge interessieren. Die meisten Medien arbeiten sehr eng mit der Regionalregierung zusammen. Und gegen die Polizei, die Teil des Problems ist, kommen wir nicht an. Aufklärung haben wir bis heute nicht. Präsident Calderón hat sich zu den Femiziden in und um Ciudad Juárez noch nicht einmal geäußert.

Ist das nicht eine frustrierende Erfahrung?

Ja, aber ich habe eine Verpflichtung gegenüber den Kindern und den Müttern und gegenüber meinen eigenen Kindern. Es muss endlich Schluss sein mit den Frauenmorden in Ciudad Juárez, und um das zu erreichen, brauchen wir internationale Unterstützung! -- p*i*



Marisela Ortiz bei der Arbeit mit Kindern

Femizide – Frauenmorde

Die als Femizid bekannt gewordenen Verbrechen in Mexiko und Guatemala unterscheiden sich von anderen Mordfällen vor allem durch die geschlechtsspezifische Herabwürdigung des Opfers vor, während und nach der Tat. Die gefundenen Frauenkörper zeigen Merkmale von Folter und Vergewaltigung. Typisch für die Frauenmorde ist auch, dass die Familienangehörigen der Opfer von den Untersuchungsbehörden diskriminiert werden. Laut *amnesty international* erfolgt in 97% der Morde keine Festnahme, in 70% der Fälle findet nicht einmal eine Untersuchung statt. Daher kann über die Identität der Täter keine sichere Aussage gemacht werden.

Zu den Opfern zählen vor allem Frauen im Alter zwischen 16 und 40 Jahren, die in extremer Armut in Randgebieten der Städte leben sowie indigene Frauen aus verschiedenen

sozialen Milieus wie Hausfrauen, Hausangestellte, Sexarbeiterinnen oder Studentinnen. Auch allein erziehende Mütter und Arbeiterinnen sind betroffen.

Häufig stehen die Frauenmorde im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel. Sie werden von Behörden, Polizei und Militär geduldet, wenn nicht sogar von deren unmittelbarer Beteiligung an den Morden auszugehen ist. Die Morde haben in den letzten Jahren stark zugenommen.

Frauenrechtsverteidigerinnen wie z. B. die mexikanische Soziologin Julia Monárrez Fragoso aus Mexiko sehen die Ursachen für die Frauenmorde in den ungleichen Machtbeziehungen zwischen Männern und Frauen auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene.

Unbeirrt von Todesdrohungen

Sandra Morán erhebt ihre Stimme



In ihren Liedern verbindet Sandra Morán Poesie und politische Botschaft

Einschüchterung einer Menschenrechtverteidigerin kann viele Formen annehmen. In das Büro der Frauenorganisation *sector de mujeres* ist eingebrochen und Blut an den Wänden und eine blutige Glasscherbe auf dem Tisch hinterlassen worden. „Blutverschmieretes Glas, das ist eine Drohung, das ist ein Symbol für einen furchtbaren Tod“, erzählt SANDRA MORÁN, Koordinatorin des *sector de mujeres* in Guatemala-Stadt. Ihr politisches Engagement und ihre Aufklärungsarbeit im Kampf gegen die Frauenmorde in Guatemala wird von denjenigen, die diese Gewaltverbrechen begehen bzw. darin verstrickt sind, nicht gern gesehen. Morán weiß, dass solche Drohungen ernst genommen werden müssen. Während des guatemaltekischen Bürgerkriegs musste sie aufgrund fortwährender Bedrohungen für 13 Jahre ins mexikanische Exil fliehen.

Im Exil begann Sandra Morán, sich künstlerisch zu betätigen und ihrer politischen Arbeit eine neue Ausdrucksform zu verleihen. Sie ist Dichterin, Musikerin und Percussionistin und gastierte auf internationalen Festivals in Mittelamerika, Kanada und Europa. Die Texte ihrer Lieder handeln vom

Leben der Frauen in Guatemala, ihrer Ohnmacht und Unterdrückung und von Stolz und Würde, dem Wunsch nach Gerechtigkeit. Es ist der Traum von einem freien und selbstbestimmten Leben. „Ich präsentiere eine Mischung aus Poesie und Musik“, so Sandra Morán. „Musik ist für mich eine natürliche Form, um den Menschen meine politische Botschaft nahezubringen.“

Gewalt gegen Frauen und Straflosigkeit

Sandra Morán und die Frauen des *sector de mujeres* haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit öffentlichen Aktionen gegen Frauenmorde vorzugehen. Sie dokumentieren Gewaltverbrechen und fordern von der Regierung eine systematische Aufarbeitung der verübten Morde. Nur wenn es gelingt, die Straflosigkeit zu beenden, können Frauen geschützt werden. An die 3000 Frauenmorde wurden zwischen 2001 und 2007 in Guatemala registriert. Die Zahl der Opfer der als Femizid bekannten Verbrechen (s. S. 10) ist in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Die Vorfälle erinnern an die Morde in den mexikanischen Städten Ciudad Juárez und Chihuahua.

Der sector de mujeres

Gewalt gegen Frauen zeigt sich nicht allein in blutigen Taten. Sie ist in struktureller, politischer, sozialer, direkter und indirekter Form ständig präsent. Viele Frauen sind in Sorge, dass häusliche Gewalt und Diskriminierungen zunehmen. Die Arbeit des *sector de mujeres* ist weitreichend: Sie besteht in Beratungen und rechtlicher Unterstützung für Opfer von Vergewaltigungen. Mit Kampagnen sensibilisieren sie die Gesellschaft Guatemalas für die Themen der Frauen. Mit Programmen zur Existenzgründung setzen sie sich für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen ein. Ein Beispiel ist das *Café Artesania*, heute ein wichtiger Treffpunkt für soziale Organisationen.



Advocacygespräch in Berlin über die Situation von Frauen in Guatemala: Monika Frank (Auswärtiges Amt), Sandra Morán (m.) mit Heike Kammer (re., pbi)

1999 gründete Sandra Morán zusammen mit anderen Frauen den sector de mujeres, heute ein Dachverband verschiedener Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Bauernverbände und indigener Gruppen, und mittlerweile in 12 von 22 Departments Guatemalas vertreten.

Ein weiterer Erfolg, den Sandra Morán und ihre Mitstreiterinnen erreicht haben, ist die Verankerung von frauenpolitischen Forderungen als Teil der Versammlung der Zivilgesellschaft im Friedensabkommen. Seitdem garantiert die Verfassung Frauen das Recht auf Landbesitz, sich politisch selbständig zu organisieren sowie die Verfolgung sexueller Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz. Doch die Umsetzung der Rechte bleibt problematisch.

„Von den 28 Abkommen, die auf Frauenrechte Bezug nehmen, wurden nur zwei befolgt“, schildert Sandra Morán. „Ein Büro für die Rechte indigener Frauen wurde aufgebaut, ebenso das nationale Frauenforum, in dem Frauen aus der Zivilgesellschaft und der Politik vertreten sind und die Umsetzung des Friedensabkommens verfolgen. Wir haben zwar einen Freiraum für die Beteiligung von Frauen und eine eigene Stimme gewonnen, aber viele Gesetze zum Schutz der Frauen werden nach wie vor verhindert.“

„Wir kämpfen um unsere Identität!“

Sandra Morán und ihre Mitstreiterinnen haben einen langen Atem. Sie wissen es geht letztlich um die Überwindung überkommener gesellschaftlicher Normen und Wertvorstellungen, die tief in der sozialen und politischen Geschichte Guatemalas verankert sind. Für Sandra Morán hat dieser Kampf eine existentielle Dimension: „Wir kämpfen aus unserer Identität als Frauen heraus – um unsere Identität. Wir kämpfen für all unsere Rechte, gegen das Patriarchat und eine kapitalistische Gesellschaft, die uns in Armut hält.“

Die ständigen Bedrohungen sind nicht spurlos an den Frauen des sector de mujeres vorbeigegangen. Davon unbeeinträchtigt setzen sie ihre Arbeit fort. Ein Garant dafür ist die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. So forderte die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* bereits vor Jahren Schutzmaßnahmen für die Organisation. Nach den Einbrüchen in ihr Büro wandten sich die Frauen an pbi. Das war in 2006. Seither begleitet pbi die Frauen regelmäßig und schützt sie durch die Präsenz internationaler Freiwilliger. - - **pbi**

Felix Jaitner / Suhela Behboud

Auszug aus Liedtext: Mit eigener Stimme

(Con Voz Propia)

von Sandra Morán

Ich beanspruche mein Recht
anderer Meinung zu sein,
anders zu sein,
Todesprojekte abzulehnen,
für das Leben zu leben,
Gerechtigkeit zu suchen und Straflosigkeit nicht zu akzeptieren.

Ich beanspruche mein Recht,
Stellung dagegen zu nehmen, dass Menschen wie eine Ware verkauft werden,
dass Waren und Geld die treibende Kraft in der Welt sind,
zu kritisieren, mich zur Wehr zu setzen und dem Imperium nicht zu huldigen.

Ich beanspruche mein Recht
nein zu sagen,
Widerstand zu leisten,
mich zu organisieren,
ein freies und autonomes Wesen zu sein.

Ich beanspruche mein Recht
zu träumen,
zu lieben,
jenseits des Horizonts zu suchen,
zu glauben.



Gerechtigkeit für Munir

Die Witwe Suciwati kämpft um Aufklärung



Suciwati Munir hat mit pbi einen Vertrag abgeschlossen, in dem Art und Umfang der Begleitung geregelt sind

Nach gut drei Jahren ging der Berufungsprozess um die Ermordung des Menschenrechtlers Munir Said Thalib im Januar zu Ende. Munir war 2004 während eines Flugs mit der staatlichen Fluggesellschaft Garuda auf dem Weg nach Amsterdam vergiftet worden. Jetzt wurde Pollycarpus Budihari Priyanto, Pilot bei Garuda und damals als Passagier unterwegs, zu 20 Jahren Haft verurteilt. **MELANIE BÖCKMANN** über die Hintergründe des Giftmordes.

Die T-Shirts mit der Aufschrift „Keadilan untuk Munir“ (Gerechtigkeit für Munir) sind im Gerichtssaal häufig zu sehen. Suciwati Munir, 39 und Mutter von zwei Kindern, arbeitet für die *Tifa Stiftung*, eine Nichtregierungsorganisation die sich für eine freie indonesische Gesellschaft einsetzt. Unbeirrt von den vielen JournalistInnen und Interviewanfragen sitzt Suciwati auf einer Holzbank wie alle anderen BeobachterInnen auch. Neben BotschaftsmitarbeiterInnen, ausländischen BeobachterInnen und MitarbeiterInnen indonesischer Menschenrechtsorganisationen sitzen dort natürlich auch die Familien der Angeklagten im Prozess um den Mord an Suciwatis Ehemann. Im Berufungsprozess Ende 2007 versucht die Justiz endgültig zu klären,

wer den Auftrag zum Giftmord gegeben hat. Das öffentliche Interesse ist groß.

Die BefürworterInnen Munirs mit seinem Bild auf den T-Shirts und der große Medienanklang zeigen Suciwatis Popularität. Trotzdem sind nicht alle in Indonesien auf ihrer Seite. Am 22. November 2005 bekam Suciwati Munir ein totes Huhn zugeschickt: Eine Warnung, den Tod ihres Mannes nicht mit der indonesischen Regierung in Verbindung zu bringen. Suciwati hat sich davon jedoch nicht abschrecken lassen und setzt sich drei Jahre später immer noch für die lückenlose Aufklärung des Falles ein.

Der Tod von Munir Said Thalib

Am 7. September 2004 starb der Menschenrechtler Munir Said Thalib auf einem Flug von Jakarta nach Amsterdam. Die Obduktion ergab eine tödliche Dosis Arsen in Munirs Körper, verabreicht durch Orangensaft. Der Mord, der zu internationalen Schlagzeilen führte, wurde 2004 nur auf Drängen von Suciwati und den Nichtregierungsorganisationen *KontraS* (Kommission für verschwundene Personen und Opfer von Gewalt) und *Imparsial* (Indonesischer Zweig der Menschenrechts-

organisation Human Rights Watch) vor Gericht gebracht. Ein Jahr danach wurde Pollycarpus als Mörder Munirs verurteilt, die Verurteilung später jedoch wieder aufgehoben. BeobachterInnen vermuteten, dass der indonesische Geheimdienst hinter dem Mord stehe. Eine Vermutung, die sich durch jetzt veröffentlichte Beweise zu bestätigen scheint. Menschenrechtsorganisationen drängen nun auf die weitere strafrechtliche Verfolgung der eigentlichen Verantwortlichen. Der Kampf um Gerechtigkeit geht weiter.

pbi-Unterstützung für Suciwati und internationale Beziehungen

Die pbi-MitarbeiterInnen in Jakarta, ausschließlich als BeobachterInnen bei den Gerichtsprozessen, unterstützen Suciwati hauptsächlich dabei, ein weitreichendes Netz an internationalen Kontakten aufzubauen. Der verstorbene Munir war pbi als Mitarbeiter bei KontraS persönlich bekannt.

Suciwati ist sehr populär im Ausland. Vom *TIME Asia Magazin* wurde sie 2005 als eine „Heldin des Jahres“ gefeiert und bekam 2006 den Gwangju Preis für Menschenrechte. Sie spricht häufig mit der ausländischen Presse und drängte europäische und nordamerikanische Regierungen immer wieder, Stellung zum Mord und dessen beschwerlicher Aufklärung zu beziehen.

2004 gründete sie die Organisation *JSKK* (Jaringan Solidaritas Keluarga Korban), ein Netzwerk zur gegenseitigen Unterstützung der Familien von Gewaltopfern. Damit will sie andere Familien mit einem ähnlichen Schicksal unterstützen. Suciwati lebt in Jakarta. -- pbi

Munir Said Thalib (1965-2004)

Bekannter Anwalt und Menschenrechtsaktivist. Gründete 1998 die Menschenrechtsorganisation „Kommission für die Verschwundenen und die Opfer von Gewalt“ (Kontras). Kritisierte die indonesische Regierung und das Militär, insbesondere wegen ihres Vorgehens in Osttimor und Aceh. Munir erhielt zahlreiche internationale Auszeichnungen, im Jahr 2000 den Alternativen Nobelpreis.

Auf den Barrikaden

Sara Méndez über Leiden und Zorn in Oaxaca



Sara Méndez berichtet während eines Vortrags in Hamburg über die Vorfälle in Oaxaca

Seit Jahren setzt sich Sara Méndez für Frauen- und Menschenrechte ein, insbesondere für die Rechte der indigenen Bevölkerung in Mexiko. Als Koordinatorin des Menschenrechtsnetzes von Oaxaca (Red Oaxaqueña de Derechos Humanos – RODH) war sie Teil der Protestbewegung, die 2006 den südlichen Bundesstaat des Landes in die Schlagzeilen brachte. Über vier Monate hatte die Bevölkerung die Provinzhauptstadt besetzt und Oaxaca in einen Ausnahmezustand versetzt – gewaltfrei (siehe pbi Rundbrief 01/06).

„Es gab Tausende von Frauen, die an den Versammlungen, den Protestmärschen und den Barrikaden teilnahmen“, berichtet Sara Méndez über die Aufstandsbewegung. „Die Frauen haben eine zentrale Rolle gespielt. Sie haben nicht nur die Bewegung ernährt, sie haben sich organisiert und zu Frau-

endemonstrationen aufgerufen. Ihre Aktionen spielten eine zentrale Rolle wie zum Beispiel die Besetzung des Fernsehsenders *Canal 9*. Das war eines der wichtigsten Ereignisse in Oaxaca.“

„Wie Kriminelle wurden wir behandelt“

Auslöser des Aufstandes in einer der ärmsten Regionen Mexikos war die gewaltsame Niederschlagung des jährlichen Lehrerstreiks im Juni 2006. Die LehrerInnen prangern seit Jahren die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Missstände an. Sara Méndez beklagt sich bitter darüber, dass die sozialen Bewegungen in Oaxaca und Mexiko von der Bundesregierung brutal unterdrückt und der Volksaufstand kriminalisiert wird: „Wir wurden als Kriminelle und Vandalen im Fernsehen hingestellt. Und eben diese Berichterstattung wurde dann weltweit übernommen.“

Am 25. November 2006 ordnete Gouverneur Ulises Ruiz die Erstürmung der Stadt an. Seither ging die Regierung rücksichtslos gegen das Menschenrechtsnetz und gegen alle anderen sozialen Bewegungen vor, die in der *Versammlung der Völker Oaxacas* (APPO) organisiert sind. Die APPO fordert nicht nur den Rücktritt des Gouverneurs Ruiz, sondern eine ganz neue politische Struktur. Über 20 Morde an APPO-Mitgliedern sind bislang ungegähnt geblieben. Es kam zu Massenverhaftungen. „Alle wurden festgenommen, ohne Unterschied. Auch Frauen und Kinder – alle, die nicht schnell genug wegrennen konnten.“ Seither sind Dutzende verschwunden.

„Für die Begleitung von pbi bin ich dankbar“

Wegen der Verfolgung einiger exponierter Vertreter der APPO und der Repressalien, die sich auch gegen Sara Méndez richteten, bat sie pbi um schützende Begleitung. „Die Begleitung von pbi machte es mir möglich, meine Arbeit mit größerer Sicherheit auszuüben. Dafür bin ich sehr dankbar“, berichtet die Menschenrechtlerin. Denn AktivistInnen setzen sich und ihre Familien einer hohen Gefahr aus. Nach den massiven Polizeieinsätzen vom Mai 2006 arbeitet Sara Méndez mit anderen daran, Angriffe auf Oppositionelle zu dokumentieren und zu veröffentlichen.

Zum Schutz und zur Stärkung der Frauen in Oaxaca hat das Menschenrechtsnetz Kampagnen entwickelt, die über das Wahlrecht und die Gewalt gegen Frauen aufklären. Der Frauenbewegung gelang es, die Legalisierung der Abtreibung gesetzlich festzuschreiben. Weitere zentrale Aufgaben sind die Verbesserung der Bildungschancen für junge Mädchen und die Unterstützung von indigenen Frauen, die aufgrund ihrer fehlenden Spanischkenntnisse benachteiligt sind.

Seit Oktober 2007 ist Sara Méndez für das *Comité de Liberación 25 de Noviembre* in Oaxaca tätig. Das Comité hat die Verteidigung der willkürlich Festgenommenen der Protestbewegung übernommen und klagt Menschenrechtsverletzungen auf nationaler und internationaler Ebene an. - - pbi

Suhela Behboud / Peter Tachau

„Wir haben viel geweint...“

Gespräch mit Nohelia Tuberquia aus Kolumbien

Der Aachener Friedenspreis 2007 wurde der Friedensgemeinde San José de Apartadó im Norden Kolumbiens verliehen. Nohelia und Gilardo Tuberquia haben ihn stellvertretend für ihre Gemeinde in Aachen entgegen genommen. pbi-Mitarbeiterin SUHELA BEHBOUD hat mit NOHELIA TUBERQUIA gesprochen.

pbi-Rundbrief: Wir hoffen, dass dieser Friedenspreis die Sicherheit in eurem Dorf erhöht!

Nohelia Tuberquia: Ganz klar. Der Friedenspreis ist wichtig als Anerkennung für unsere Arbeit, die wir in Kolumbien machen. Es ist ja eigentlich unsere Regierung, die uns belohnen sollte für die Arbeit, die wir für den Frieden tun. Aber stattdessen bekämpfen sie uns. Und es wäre so gut, wenn die kolumbianische Regierung sagte: „Gebt acht auf die Friedensgemeinden – denn wir belohnen ihre Arbeit.“ Aber sie tun es nicht.

Wie wirkt sich die Erfahrung von Gewalt in eurem Dorf speziell auf das Verhältnis zwischen Frauen und Männern aus?

Viele Frauen müssen damit zurechtkommen, dass ihre Männer ermordet werden und sie allein zurück bleiben, manchmal mit mehreren Kindern. Die Frauen organisieren sich dann häufig und bilden Gemeinschaften von fünf oder sechs und arbeiten und leben zusammen. Einige Männer sind natürlich noch dabei. Wir haben vier Frauen, die sind für den Kindergarten zuständig. Einige betreiben auch etwas Landwirtschaft, zum Beispiel mit dem Anbau von Kakao. Aber wir haben keine Lehrer. Wir haben zwar welche bei der Regierung beantragt, aber wir bekommen sie nicht. Deshalb gibt es jetzt einige Jugendliche, die in der Stadt zur Schule gehen, um das Abitur zu machen. Und diese Jugendlichen sind dann die, die unsere Kinder unterrichten. Darüber hinaus bieten wir auch politische Bildungsarbeit an, damit die Familien wissen, was eigentlich in unserem Land

geschieht. Es ist eben so, dass wir alle gemeinsam arbeiten, um unsere Familien zu ernähren. Und das sind Frauen, Männer, Kinder: alle müssen mithelfen.

Sind denn die Frauen auf Dauer damit zufrieden?

So wirklich zufrieden sind wir damit natürlich nicht. Aber was bleibt uns übrig? Wir müssen so arbeiten. Wovon sollen wir uns sonst ernähren? Für uns Frauen ist es schon hart, fünf, sechs Kinder zu haben und dann auch noch auf's Feld zu gehen. Dabei würden viele von uns gern eine Berufsausbildung machen oder studieren. Aber diese Möglichkeiten sind uns verschlossen.

Häufig sind Frauen doppelt betroffen – ihre Kinder werden umgebracht, und sie selbst werden vergewaltigt.

Sehr häufig geschieht es auch bei uns, dass die Paramilitärs und das Militär, die eh die gleichen sind, ins Dorf kommen. Sie kommen betrunken und unter Drogen und vergewaltigen Frauen und Mädchen. Wir haben Angst. Nie können wir wirklich unbesorgt sein, und immer fragen wir uns, was sie wohl als nächstes mit den Kindern und einem selbst machen.

Und was gibt Euch Kraft bei all der Gewalt?

Als meine Tochter 2003 ermordet wurde, war das ganz schwierig für meine Familie und unsere Zukunft. Wir sind geflüchtet und wurden von der neuen Gemeinde drei Monate unterstützt und versorgt. Aber wir haben viel geweint und haben uns dann doch

zurück gewagt. Das Militär hatte die Finca und unser Haus zerstört. Das Haus war kaputt und im Prinzip war alles, was nicht gestohlen war, zerstört. Die Militärs hatten auch einen Brief zurückgelassen: „Wenn Ihr Schadensersatz haben wollt, dann kommt doch zum Bataillon...“ – Ja, woher bekommen wir unsere Kraft? Unsere Familie, unsere Freunde, die geben uns Kraft, weiter zu gehen!



Stellvertretend für das ganze Dorf: Nohelia und Gilardo Tuberquia empfangen den Friedenspreis

Die Friedensgemeinde San José de Apartadó wurde am 23. März 1997 von 500 geflüchteten Bauern aus der Region gegründet, als Reaktion auf ein Massaker an der örtlichen Bevölkerung ein Jahr zuvor. Das Friedensdorf verwaltet sich selbst und verpflichtet sich mit keinem der bewaffneten Akteure zusammenzuarbeiten. Trotz internationaler Begleitung wurden seit der Gründung 170 Menschen der Gemeinde getötet. Ein Dorfrat sagt, dass 20 % der Morde von der Guerilla und 80% von Paramilitärs und Militärs verübt wurden. Der fruchtbare Boden in der Region Urabá macht das Land so wertvoll. Ohne chemische Hilfsmittel können Bohnen, Mais, Reis und Avocados angepflanzt werden. Außerdem gibt es viele Wasservorräte, die in den Großstädten Kolumbiens dringend benötigt werden.

pbi vor Ort: Seit 1997 ist pbi in Urabá tätig, um der Gemeinde und kolumbianische Menschenrechtsorganisationen, die die Gemeinde berät durch internationale Präsenz Schutz zu bieten.



Wahlkampfveranstaltung der UNE in Guatemala-City

Das kleinere von zwei Übeln

Wahlen in Guatemala

Am 4. November haben in Guatemala die Stichwahlen zur Präsidentschaftswahl stattgefunden. Mit knapp 53% der Stimmen ging dabei Álvaro Colom von der sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnenden *Nationalen Union der Hoffnung (UNE)* als Sieger hervor. Ex-General Otto Pérez Molina von der rechtsgerichteten *Patriotischen Partei (PP)* verlor die Wahl. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 47% der Wahlberechtigten. Damit ist ein äußerst gewalttätiger Wahlkampf, der allein bis zu den Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im September über 50 Todesopfer unter den KandidatInnen forderte, beendet.

Álvaro Colom stammt aus einer der alteingesessenen einflussreichen Familien Guatemalas. Er war u. a. Direktor des Nationalen Fonds für den Frieden und Direktor des Gremiums der Maquila-Industrie. Dieser auf den Niedriglohnsektor spezialisierte Industriezweig importiert Einzelteile oder Halbfertigwaren und setzt diese im Auftrag ausländischer Firmen zu Fertigwaren für den Export zusammen. Colom hatte bereits vorher zweimal erfolglos für die Präsidentschaft kandidiert. Sein Sieg ist vor allem auf die Stimmen der überwiegend indigenen Landbevölkerung zurückzuführen, die in diesem Wahlgang zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas für das Endergebnis ausschlaggebend waren. In der Hauptstadt, wo mehrheitlich Ladinós wohnen, erhielt Otto Pérez Molina die Mehrheit der Stimmen.

Absage an die Militärs

In den letzten Wochen vor der Stichwahl hatten soziale Organisationen Guatemalas, wie z.B. das *Colectivo de Organizaciones Sociales (COS)* vermehrt vor der möglichen Machtübernahme des Ex-Militärs gewarnt. Molina, der sich der Gründung der berüchtigten Sondereinheit des guatemal-

tekischen Militärs (Kaibiles) brüstet, war in der Vergangenheit für die zivile Aufstandsbekämpfung in einer der am meisten von Massakern an der Zivilbevölkerung betroffenen Regionen Guatemalas verantwortlich. Im Wahlkampf versprach er, die aktuellen massiven Sicherheitsprobleme in Guatemala mit „harter Hand“ zu lösen. Das jetzige Wahlergebnis ist nach politischen Analysen mehr als Absage großer Teile der indigenen Landbevölkerung an eine Rückkehr zum Militär und den Praktiken der Vergangenheit zu verstehen – und nicht als klares Votum für die Politik der UNE.

Es gibt kein klares politisches Programm

Keiner der Präsidentschaftskandidaten verfügt über ein klares politisches Programm. Aussagen darüber, was Guatemala in den nächsten vier Jahren unter Colom erwartet, sind daher nicht eindeutig zu treffen. Colom selbst hatte schon während des Wahlkampfs Führungsschwierigkeiten in seiner Partei, die eigens für diese Wahlen zusammengesetzt wurde. Bei der Abstimmung des guatemaltekkischen Kongresses über die Schaffung der UNO-Kommission gegen die Straflosigkeit im Juli 2007 sprachen sich die beiden UNE-Vertreter gegen deren Einrichtung aus, obwohl Colom ein positives Votum seiner Partei angekündigt hatte.

Mit nur 52 von 158 Sitzen im guatemaltekkischen Kongress verfügt die UNE von vornherein über eine schwache Position, um die gigantischen Probleme anzugehen, denen sich Guatemala ausgesetzt sieht. Dazu gehören das Problem der Straflosigkeit, der Durchdringung des Staatsapparats durch die so genannten Parallelkräfte und der damit einhergehenden zunehmenden Unregierbarkeit, die weiterhin ausstehende Steuerreform sowie die Armutsbekämpfung.

Álvaro Colom hat während des Wahlkampfs und direkt danach energische Schritte zur Bekämpfung dieser Probleme angekündigt. Es bleibt jedoch offen, wie viel davon er wirklich bereit und fähig ist umzusetzen. -- pbi Kerstin Reemtsma

Journalistische Streifzüge durch Guatemala

Reportagen aus einem Land, das auch in Friedenszeiten keinen Frieden findet



Der Autor Andreas Boueke lebt seit 1992 als Journalist vorwiegend in Mittelamerika. Von dort berichtet er regelmäßig, in erster Linie für den Hörfunk. Für Bücher und Reportagen erhielt er mehrere Preise, u.a. den Medienpreis Entwicklungspolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). In seinem neuesten Buch *Guatemala: Journalistische Streifzüge* beschreibt er ein Land, in dem Gewalt eine Alltagserfahrung ist, wie sie für uns nur schwer vorstellbar ist. GREGOR STRAUBE hat das Buch gelesen:

Andreas Boueke bearbeitet in seinen Essays verschiedene Themen – von der Drogenproblematik, der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung bis zu verschiedenen Problemen in der Landwirtschaft. Er zeigt uns aber auch Menschen außerhalb dieser Zusammenhänge – Transsexuelle zum Beispiel, die für den Frieden arbeiten, oder die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Neben den Essays kommen dabei auch immer wieder die Personen selbst zu Wort, von denen das Buch handelt. Dadurch und durch sein begeisterndes Schreiben gelingt es Boueke, den Leser / die Leserin für Guatemala zu fesseln und einzunehmen. Das Buch hat dabei nicht den Anspruch, wertneutral zu sein und aus einer vermeintlich objektiven und distanzierten Perspektive zu berichten. Auf einen Wahrheitsanspruch verzichtet Boueke dabei jedoch keineswegs – berechtigterweise.

Am deutlichsten wird dies im umfangreichsten und zugleich auch stärksten Essay des Bandes *Öl im Urwald*, in dem er den

Machenschaften der Erdölindustrie in Guatemala nachgeht. Boueke beschreibt detailliert, mit welchen Methoden er recherchiert und wie er mit seinen Ergebnissen zur Aufklärung beitragen möchte. Durch den Mord an einem seiner Informanten wird er jedoch Teil des Geschehens und kann so nur noch als persönlich Betroffener berichten. Aber dies ist genau die Stärke des Buches, die Boueke im Vorwort bereits ankündigt hatte: ein parteiisches Buch!

Dem Leser / der Leserin wird keine soziopolitische Analyse der guatemaltekischen Situation geliefert. Eher zeigt Boueke auf, wie die Wirtschaft und einflussreiche Persönlichkeiten mit der korrupten Staatsmacht verflochten sind. Auf die Einbindung der Volkswirtschaft in den globalisierten Kapitalismus geht er nur am Rande ein. Die damit eng verknüpfte rassistische Unterdrückung und Terrorisierung der indigenen Bevölkerung wird von ihm zwar angesprochen, aber nur oberflächlich in ihren historischen Kontext gestellt. Ebenso wenig werden die gesellschaftliche Entwicklung Guatemalas oder die Hintergründe geschlechtsspezifischer Diskriminierung historisch aufgearbeitet. Dennoch sind Bouekes „Streifzüge“ ein wertvoller, aufrüttelnder Bericht. Er kann wertvoller sein als jede umfassende und gelehrte Analyse und Theorie, die die Räume der Fachbibliotheken nicht verlassen.



Andreas Boueke
Guatemala.
Journalistische Streifzüge
Horlemann Verlag, 2006

238 Seiten;
12,90 €
ISBN-10: 389502225X
ISBN-13: 978-3895022258

**Bücher-
Ecke**

pbi
pbi - Deutscher Zweig e.V.

**Alle Bücher sind
über die Geschäftsstelle
in Hamburg zu beziehen.**



Heike Kammer:
„Lasst Puppen sprechen!“ Friedensarbeit mit den Mitteln der Theaterpädagogik – Mexikanische Puppen reisen um die Welt. 2007, 94 Seiten, 8,- €.

pbi-Guatemala-Project: „10 years without war... waiting for peace: The State of Compliance with the Peace Accord on Strengthening Civilian Power and the Role of the Armed Forces in a De-

mocratic Society“. 2007, 56 Seiten. Englische und spanische Fassung kostenlos.

Vincent Castagnino (Hrsg.: pbi): „Metal Mining and Human Rights in Guatemala – The Marlin Mine in San Marcos.“ 2006, 38 Seiten. Englische und spanische Fassung kostenlos.

pbi – Deutscher Zweig e.V.: „Konflikte bearbeiten – Gewalt vermeiden.“ Info-Broschüre über den Zivilen Friedensdienst mit pbi. Februar 2007, 36 Seiten, kostenlos.

Personalia

Kolumbien



Andreas Riemann, 38, studierte Geschichte, Englisch und Spanisch. Zuletzt arbeitete er als Erzieher in einer Diakonischen Einrichtung für Menschen mit Behinderungen in Hamburg. Seit Oktober 07 unterstützt er das Kolumbien-Team als ZFD-Kraft.



Felix Gärtner, 34, war für eineinhalb Jahre als Freiwilliger im Kolumbienprojekt. Seit Januar 2008 ist er in Brüssel, um die Europa-Präsidentin für das Kolumbienprojekt zu unterstützen.



Julia Wältring, 33, Dipl.-Sozialpädagogin, hat über die internationale Solidaritätsarbeit mit Jugendlichen Kolumbien und pbi kennengelernt. Drei Jahre war sie in der Regionalgruppe Rhein-Main tätig. Seit Oktober 07 ist sie im Rahmen des ZFD für zwei Jahre im Kolumbienprojekt.



Melanie Breiter, 26, Psychologin, mit einem Master in Militärpsychologie lernte durch einen Kurs über Friedensarbeit in Konfliktgebieten pbi kennen. Nach Abschluss ihres Masters ging sie für eineinhalb Jahre nach Spanien. Mitte Januar ist Melanie mit pbi nach Kolumbien ausgereist.



Peter Biermann, 28, Politikwissenschaftler, war als Jugendteamer bei der IG Metall tätig, arbeitete in einem ökologischen Projekt auf Kuba und studierte acht Monate in Spanien. Seit Anfang Oktober 2007 arbeitet er als ZFD-Kraft im Kolumbienprojekt.



Pascal Blum, 37, kam vor einem Jahr über pbi-Schweiz zu einem Informationswochenende nach Deutschland und besuchte anschließend für einige Monate Kolumbien. Die nächsten zwei Jahre wird Pascal im Rahmen des ZFD das pbi-Team in Medellín unterstützen.



Sebastian Niesar, 30, belegte nach seinem Bachelor in Sozial- und Kommunikationswissenschaften den Masterstudiengang Friedensforschung/Internationale Politik. Im September 2007 ist er in das Kolumbienprojekt ausgereist.

Guatemala



Wiebke Schramm, 26, hat ihr Soziologie- und Ethnologiestudium mit Schwerpunkt „Sozialpolitiken und Gender“ an den Universitäten von Bordeaux und Madrid absolviert. Im Januar 2008 ist sie ins Guatemalaprojekt ausgereist.

Nepal



Raphaël Hampf, 34, Politologe, kam 2005 nach seinem Studium der Europastudien nach Hamburg und hat seitdem für den pbi-Rundbrief und die Nepal AG gearbeitet. Im Januar 2008 ist er als ZFD-Friedensfachkraft nach Kathmandu ausgereist.



Ulrike Beck, 29, war im Anschluss an ihren Aufenthalt im Guatemalaprojekt (2005-06) in Bolivien, Chile, Peru und Deutschland tätig. Seit Januar 2008 ist Ulrike in Nepal, um bei einem Kurzeinsatz das Team in Kathmandu zu unterstützen.



Michael Bluett, 38, aus Großbritannien hat über 10 Jahre als Sozialarbeiter mit gefährdeten Jugendlichen in England und Italien gearbeitet. Von 2006 bis 2007 hat er als Freiwilliger im Indonesienprojekt gearbeitet. Ab März 2007 wird er im Rahmen des ZFD als Inlandskoordinator im Nepalprojekt arbeiten.

Deutschland



Alexander Blessing, 38, ist nach zweijähriger Mitarbeit im Mexikoprojekt im Mai 2007 nach Deutschland zurückgekehrt. Seit November ist er im Hamburger Büro als Koordinator für die Freiwilligenbegleitung zuständig und setzt seine im Projekt gesammelten Erfahrungen dafür ein, die Freiwilligen in den Projekten zu unterstützen.



Katharina Meier, 32, war 18 Monate Freiwillige im Kolumbienprojekt, wo sie in den Feldteams von Barrancabermeja und Bogotá gearbeitet hat. Seit September 2007 ist sie wieder in Deutschland. Katharina lebt jetzt in Berlin und arbeitet bis April 2008 auf der pbi-Rückkehrstelle als Projektreferentin.



Melanie Scheller, 30, ist Archäotechnikerin und hat nach ihrer Ausbildung in verschiedenen Jobs gearbeitet. Sie studiert Politische Wissenschaft und ist seit Januar 2008 in der pbi-Geschäftsstelle in Hamburg als Praktikantin tätig.



Sabine Günther, 39, Diplom-Kulturwirtin, hat mehrere Jahre in Großbritannien und Spanien gelebt. Von 2000-2006 verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Argument Verlag. Zuletzt tätig als freiberufliche Rechercherin für Greenpeace International im Bereich Klima und Energie. Seit Januar 2008 ist sie als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Projektbegleitung in der Hamburger Geschäftsstelle tätig.

pbi-Kontakte

Guatemala-Projekt

Anna Biallas
guatemala@pbi-deutschland.de

Indonesien-Projekt

Hans-Ulrich Krause
indonesien@pbi-deutschland.de

Kolumbien-Projekt

Sascha Rusicke
Tel.: 030 - 23 27 38 24
kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-Projekt

Heike Kammer
Tel.: 0178 - 730 53 97
mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-Projekt

Gregor Maaß
Tel.: 030 - 44 73 27 00
nepal@pbi-deutschland.de

Berlin

Katharina Meier
Tel.: 030 - 81 70 64 53
regionalgruppe-berlin@
pbi-deutschland.de

Bonn

Johanna Wolf
Tel.: 0228 - 240 07 42
regionalgruppe-bonn@
pbi-deutschland.de

Frankfurt

Nicole Nienaber
Tel.: 0611 - 137 67 59
regionalgruppe-rheinmain@
pbi-deutschland.de

Hamburg

Dr. Heinke Wendt
Tel./Fax: 040 - 87 11 39
Christel Köhler
regionalgruppe-hamburg@
pbi-deutschland.de

Köln

Tanja Osterhoff
Tel.: 0221 - 297 30 73
regionalgruppe-koeln@
pbi-deutschland.de

Leipzig

Susan Anger
Tel.: 0341 - 337 59 06
regionalgruppe-leipzig@
pbi-deutschland.de

Stuttgart

Nils Rennebarth
Tel.: 0771 - 62 87 68
nils.rennebarth@web.de

Wuppertal

Andrea Zängle
Tel.: 0202 - 759 50 79
regionalgruppe-wuppertal@
pbi-deutschland.de

Länderbüros

pbi-Deutscher Zweig e.V.

Bahrenfelder Strasse 79,
D-22765 Hamburg
Tel.: +49 - 40 - 380 69 03
Fax: +49 - 40 - 386 94 17
E-Mail: info@pbi-deutschland.de
Internet: www.pbi-deutschland.de
Sparkasse Neuwied,
Kto-Nr.: 200105; BLZ: 574 501 20

pbi Österreich

Christine Hirtl,
Kurzgasse 15, A-8020 Graz,
Tel.: +43 - 662 - 62 49 38,
E-Mail: chirtl@gmx.at
Markus Rieglhofer,
Bank Austria – Creditanstalt Lautendaur
Kto-Nr.: 10892613000; BLZ: 12000,

Impressum

Hrsg.: pbi-Deutscher Zweig e.V.
Bahrenfelder Strasse 79,
D-22765 Hamburg

Redaktion: Suhela Behboud, Melanie Böckmann, Sabine Günther, Teresa Huhle, Felix Jaitner, Christoph Klotz, Christel Köhler, Adam Muminovic (ViSdP), Johanna Stöppler, Dr. Peter Tachau

Beiträge: Suhela Behboud, Nicole Bongard, Melanie Böckmann, Slomo Büth, Christa Dold, Johanna Fricke, Knut Henkel, Felix Jaitner, Anja Justen, Christoph Klotz, Andrew Miller, Adam Muminovic, Kerstin Reemtsma, Paola Rosini, Gregor Straube, Dr. Peter Tachau

Fotos: BMZ, Suhela Behboud, Knut Henkel, Institut für Auslandsbeziehungen/zivik, Alexandra Huck (kolko e.V.), Klaus Karszat, Barbara Müller, pbi-Projekte: Kolumbien, Guatemala, Indonesien, Nepal, Privatbesitz Marisela Ortiz

Layout:
CREALUX | Kommunikationsdesign

Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg

PBI DEUTSCHLAND

Informationsseminare

- **04.-06.04.08** in Berlin
- **30.05.-01.06.08** in Obernhof
- **September 2008** in Bonn/Köln
- **November 2008** in Leipzig

Veranstaltungen

- **10.04.08** Vortrag „Kriminalisierung von Menschenrechtsorganisationen“ in Hamburg
- **27.09.08** 40-jähriges Jubiläum AGDF in Berlin

Treffen

- **04.-06.04.08** Jahrestagung Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- **26.-27.04.08** Treffen der Indonesien-AG
- **16.-18.05.08** Planungstreffen
- **27.-29.06.08** Treffen der Kolumbien-AG
- **07.-09.11.08** Bundestreffen in Felsberg-Gensungen

Weiterbildungsseminare

- **Juni 2008** Debriefing-Seminar in Berlin

PBI INTERNATIONAL

Trainings

dienen zur Vorbereitung auf einen Einsatz als Freiwillige/r in:

- **Kolumbien-Projekt**
01.-08.06.08 in Spanien
28.09-05.10.08 in Spanien
Februar 2009 in Spanien
- **Indonesien-Projekt**
Mai 2008 in Indonesien
Ende 2008 in Europa
- **Mexiko-Projekt**
23.03-30.03.08 in Spanien
Herbst 2008 in Spanien
- **Guatemala-Projekt**
06.-13.04.2008 in Manchester
- **Nepal-Projekt**
24.02-05.03.08 in Spanien
Ende 2008 nächstes Training

ANPRECHPARTNER/IN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock, Alexander Blessing

Freiwillige: Faith Miyandazi, Norimi Kurimura

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Paola Rosini, Heike Kammer

Öffentlichkeitsarbeit & Projektbegleitung:

Adam Muminovic, Sabine Günther, Doris Erdmann

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerIn & Kolumbien: Slomo Büth, Katharina Meier

FÖRDERER
DIESER
AUSGABE



Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar!
Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200-105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD

Der Rundbrief erscheint vier Mal jährlich und ist kostenlos beziehbar.